

AKTUELLES



Grafik: Freepik.com/vectorjuice

Bundestagswahl

Aktivitäten des BeB im Wahljahr 2021

In diesem Wahljahr hat der BeB beschlossen, seine politischen Aktivitäten zu intensivieren. **Ausgangspunkt sind die Wahlforderungen in den einzelnen Arbeitsbereichen des BeB**, denen ein intensiver Austausch in den verschiedenen Gremien und Beiräten vorangegangen war. Der BeB hat bei der Erstellung auch die Ergebnisse der Corona-Umfrage verwendet.

Die Wahlforderungen finden Sie in kürzerer und längerer Fassung auf der **BeB-Homepage**, und die Mitglieder werden Wahlkarten mit den Forderungen erhalten, um

ihrerseits in Diskussionen mit Politiker*innen vor Ort einzutreten.

Darüber hinaus haben wir mit den behindertenpolitischen Sprecher*innen der meisten im Bundestag vertretenen Parteien **am 15. Juni eine inklusive Veranstaltung** geplant, in der sie Informationen zu ihren Plänen in der nächsten Legislaturperiode geben. Für alle, die nicht teilnehmen können, gibt es **auf den nächsten Seiten einen Überblick**, was welche Partei in den Bereichen Sozialpsychiatrie und Behindertenhilfe plant.



Wilfried Oellers,
Beauftragter der CDU/
CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag für die Belange
behinderter Menschen und
Bundestagskandidat

@Foto: Tobias Koch



**Stärkung des
inklusive
Ausbildungs-
und Arbeits-
markts**



Was wollen Sie tun, um die Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung zu stärken?

Jens Beeck: Es ist in meinen Augen unglaublich wichtig, die Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken. Denn nur so kann Politik mit und nicht über die Menschen wirklich gelingen. Ein wichtiger Teil der Mitbestimmung sind Wahlen. Als Freie Demokraten haben wir deshalb beispielsweise früh gegen den damals geltenden Wahlrechtsausschluss von Menschen unter Vollbetreuung von Bundestags- und Europawahlen gekämpft. Ich bin froh, dass wir gemeinsam mit Grünen und Linken erfolgreich waren und der verfassungswidrige Wahlrechtsausschluss durch das Bundesverfassungsgericht bereits zur letzten Europawahl gestrichen wurde. Auch in anderen Bereichen werden wir uns weiter dafür stark machen, dass Menschen mit Behinderungen mitbestimmen können.

Angelika Glöckner: Mitbestimmung ist ein sozialdemokratisches Grundversprechen. Wir brauchen Menschen, die sich

einmischen und die Dinge zum Besseren verändern. Deshalb haben wir in der jetzigen Wahlperiode die Wahlverfahren der Schwerbehindertenvertretung und der Werkstatträte verbessert. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen am Tisch Platz nehmen und ihre Meinung beitragen. Grundvoraussetzung dafür ist, dass alle einander verstehen können. Beispielsweise unterstütze ich deshalb die Forderung, Bundestagsdebatten in Gebärdensprache simultan zu übersetzen.

Wilfried Oellers: Menschen mit einer Behinderung und psychischen Erkrankungen müssen an allen politischen Prozessen uneingeschränkt partizipieren. Deswegen begrüße ich den Vorschlag des BeB sehr, die Betroffenen im Kontakt mit Behörden und Leistungserbringern vor Ort stärker einzubinden. Als Politiker ist mir aber noch ein Punkt sehr wichtig: Parteien und die politischen Stiftungen müssen

ihre Veranstaltungen barrierefrei und in Leichter Sprache anbieten, insbesondere Nominierungsveranstaltungen für Wahlen sowie Landes- und Bundesparteitage.

Sören Pellmann: Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen sowie psychischen Beeinträchtigungen, müssen zu einem selbstbestimmten Handeln befähigt und barrierefrei über ihre Rechte informiert werden. Wir wollen transparente Kriterien für barrierefreie und wirksame Beteiligungsmöglichkeiten mit Betroffenen und ihren Selbstvertretungsorganisationen und Verbände erarbeiten. Diese Kriterien müssen gesetzlich verbindlich festgeschrieben werden. Alle Wahllokale und der Zugang zu allen Wahlmaterialien müssen barrierefrei ausgestaltet werden.

Corinna Rüffer: Was wir brauchen, sind umfassende Veränderungen hin zu einer inklusiven Gesellschaft, an der alle Men-

schen selbstbestimmt und gleichberechtigt teilhaben können. Dafür ist es nötig, dass wir endlich die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Lebensbereichen konsequent umsetzen. Behinderte Menschen sollen selbst entscheiden können, wo und wie sie wohnen, arbeiten und leben. Ihre Mitbestimmung wollen wir sichern, indem wir Selbstvertretungsorganisationen und Strukturen stärken, wie zum Beispiel Schwerbehindertenvertretungen, Werkstattträte, Frauenbeauftragten in den Werkstätten und Bewohner*innen-Vertretungen in Wohneinrichtungen.

Mobilität ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe

Jens Beeck,
teilhabe politischer Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion und
Bundestagskandidat

Foto: @Jens Beeck MdB



Welche Maßnahmen planen Sie, um bezahlbaren und inklusiven Wohnraum zu schaffen?

Jens Beeck:

Wir alle sind im Laufe unseres Lebens auf Barrierefreiheit angewiesen. Denn Barrieren treffen längst nicht nur Menschen mit Behinderungen. Ich bin daher der Auffassung, dass barrierefreies Bauen der Standard werden muss und nicht länger die teurere Ausnahme sein darf. Zudem müssen neue inklusive Wohnquartiere entstehen, die auch bestehende Komplexeinrichtungen mit einbeziehen. Dafür muss eine sozialraumorientierte Planung mit allen Stakeholdern, Bürgerinnen und Bürgern und unter Berücksichtigung von Sport und Freizeitangeboten, ärztlicher Versorgung oder auch ehrenamtlichem Engagement etabliert werden.

Angelika Glöckner: Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen. Den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum werden wir weiter vorantreiben und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen. Auch barrierefreier Wohnraum muss bezahlbar sein, dafür setzen wir uns ein.

Wilfried Oellers: Die Schaffung bezahlbaren und inklusiven Wohnraums ist eine Aufgabe, der wir uns in den kommenden

Jahren noch stärker stellen müssen. Es bedarf eines breiten Bündnisses mit allen Akteuren auch der Wohnungs- und Immobilienbranche. Was speziell das Thema Inklusives Wohnen angeht, mangelt es meines Erachtens weder an rechtlichen Vorgaben noch an Förderprogrammen. Oft fehlt es an der stringenten Umsetzung von Regelungen bei Bauvorhaben, und es gibt zu viele Auslegungsspielräume wie z. B. die verschiedenen DIN-Normen zum barrierefreien Bauen. Wir brauchen mehr Bewusstseinsbildung durch konsequente Verankerung von Barrierefreiheit und Inklusion in allen Curricula, etwa in der Informatiker- oder Architektenausbildung. Ausdrücklich unterstützen möchte ich die Forderungen des BeB einer Bindung der Vergabe von Bauaufträgen an das Kriterium der Barrierefreiheit, nach mehr inklusiven Quartierslösungen und der Beteiligung von Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung bei der Bauplanung.

Sören Pellmann: DIE LINKE möchte das Recht aller Menschen auf eine bezahlbare, menschenwürdige und diskriminierungsfrei zugängliche Wohnung im Grundgesetz verankern. Das Ansteigen der Mieten muss unterbunden werden. Dafür fordert

DIE LINKE, ein öffentliches Bauprogramm im Umfang von 10 Milliarden Euro im Jahr zur Förderung des kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus mit einem Anteil bedarfsdeckender, barrierefreier Angebote zu vereinbaren. Die Städtebauförderung muss konsequent auf die Entwicklung von inklusiven und barrierefreien Lebensräumen sowie Stadtquartieren ausgerichtet werden. Wir wollen bis 2030 ein bedarfsgerechtes Angebot an barrierefreien Wohnungen auch im Bestand sichern. Dafür sind öffentliche Investitionen und Fördergelder an Vorgaben der Barrierefreiheit zu binden und diese im Vergaberecht als Vorgabe für öffentliche und private Auftraggeber beim Neu- und Umbau von Wohnungen und Quartieren zu verankern.

Corinna Rüffer: Gemeinsam mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Strategie zur inklusiven Gestaltung von Stadtquartieren und Dörfern entwickeln, die mehr quartiersintegrierte Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen schafft. Damit mehr barrierefreie Wohnungen gebaut und Barrieren in bestehenden Gebäuden beseitigt werden, wollen wir unter anderem Förderprogramme auf-

legen. Außerdem wollen wir ein Gesetz für Wohngemeinnützigkeit auf den Weg bringen, in dem unter anderem ein Bundesprogramm für eine Million zusätzliche,

günstige Mietwohnungen enthalten ist. Die Mietpreisbremse wollen wir wirksam ausgestalten, in dem wir Mietsteigerungen in angespannten Wohnungsmärkten auf ma-

ximal 2,5 Prozent im Jahr begrenzen, eine rechtssichere regionale Mietobergrenzen einführen und Ausnahmen bei der Mietpreisbremse abschaffen.

Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung auf den ersten Arbeitsmarkt oder in Ausbildung kommen?

Jens Beeck: Viele Arbeitgeber scheuen sich derzeit noch, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Deshalb müssen wir stärker auf sie zugehen und sie zielgerichteter informieren. Hilfreich sind hier Unternehmensnetzwerke, in denen Arbeitgeber andere Arbeitgeber über Fördermöglichkeiten informieren und vor allem umfassend beraten. Wir brauchen aber auch eine Reform des Budgets für Arbeit und des Budgets für Ausbildung. Denn derzeit sind die Regelungen furchtbar bürokratisch. Hier muss dringend ent-rumpelt und weiterentwickelt werden. Ich würde mir zudem neue Ausbildungswege wünschen, die mit den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern entwickelt werden. Hier gibt es bereits viele gute Beispiele für Modularisierungen, auf denen man aufbauen kann.

In meinen Augen darf außerdem die Erhöhung der Ausgleichsabgabe für diejenigen Unternehmen, die sich der Verantwortung in Gänze entziehen, kein Tabu sein.



Angelika Glöckner: Das Angebot der Werkstätten für behinderte Menschen werden wir im Sinne eines inklusiven Arbeitsmarktes weiterentwickeln. Das schließt die Entlohnung, den Zugang, die Qualifizierung des Personals sowie den Berufsbildungsbereich ein. Dabei ist uns wichtig, dass Werkstätten nicht zur Endhaltestelle werden, sondern Beschäftigte in die Lage versetzt werden, in den ersten Arbeitsmarkt (wieder) einzusteigen. Wir haben in dieser Wahlperiode eine Überarbeitung der Entgeltsysteme für Werkstätten auf den Weg gebracht. Jetzt wollen wir den Prozess zu Ende gehen, damit Werkstattbeschäftigte gerecht und für sie nachvollziehbar entlohnt werden. Damit mehr Unternehmen Menschen mit Behinderungen einstellen, wollen wir Unternehmen hierbei stärker unterstützen. Gleichzeitig wollen wir eine neue Stufe der Ausgleichsabgabe für Unter-



Selbst-vertretungs-organisationen und Strukturen stärken



Corinna Rüffer,
behindertenpolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Foto: Marco Piecuch

nehmen, die keinen einzigen Mensch mit Behinderung eingestellt haben, damit der Druck für die Unternehmen größer wird, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Wilfried Oellers: Wir müssen bei Unternehmen noch viel stärker Hemmschwellen abbauen und sie unterstützen. Denn an Förderleistungen, wie z. B. Zuschussleistungen oder dem Budget für Arbeit, mangelt es sicher nicht. So habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, im kürzlich verabschiedeten Teilhabestärkungsgesetz eine Beratungs- und Lotsenstelle zu verankern, die Betriebe, die schwerbehinderte Menschen einstellen wollen oder beschäftigen, über die große Palette an Fördermöglichkeiten informiert und bei der Antragstellung unterstützt.

Wichtig ist natürlich, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur auf den ersten Arbeitsmarkt gelangen, sondern dort auch bleiben. Ich setze mich für verlässliche Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ein.

Freuen würde ich mich zudem, wenn in der kommenden Wahlperiode ein Vorschlag der Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ aus dieser Wahlperiode umgesetzt würde. Danach soll bei bestimmten gesundheitlichen Beeinträchtigungen modellhaft einer begleiteten stufenweisen Wiedereingliederung erprobt werden mit dem Ziel des dauerhaften Verbleibs am Arbeitsplatz.

Sören Pellmann: DIE LINKE fordert die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, langfristige und bedarfsdeckende Förderungen von Menschen mit Behinderungen, die deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe, eine bessere Betreuung durch die Bundes-

agentur für Arbeit. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben müssen auch für Arbeitsverhältnisse unter 15 Wochenstunden bedarfsdeckend gewährt werden. Wir wollen Inklusionsbetriebe mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung deutlich stärker fördern und ausweiten.

Für Beschäftigte in Werkstätten muss der gesetzliche Mindestlohn gelten. Ihre Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt muss stärker gefördert werden. Langfristig sollen sie auf einem inklusiven Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung tätig sein. Die Budgets für Arbeit und für Ausbildung müssen gestärkt werden. Die berufliche Rehabilitation für Menschen mit Behinderungen ist zu garantieren. Wir wollen eine Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit (Anti-Stress-Verordnung).

Corinna Rüffer: Wir wollen die Alternativen zu Sonderwelten wie den Werkstätten für behinderte Menschen stärken, zum Beispiel durch Aufhebung der starren

“

Barrieren in allen Lebensbereichen abschaffen

”

Sören Pellmann,
fachpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion der Linken für
Inklusion und Teilhabe
sowie Bundestagskandidat der
Linken in Leipzig

Foto: Deutscher Bundestag-Inga Haar



Obergrenze des Lohnkostenzuschuss beim Budget für Arbeit. Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen oder dies vorhaben, müssen besser unterstützt werden – insbesondere indem Antragsverfahren vereinfacht, beschleunigt und entbürokratisiert werden. Darüber hinaus sollten Arbeitsvermittler*innen und Berufsberater*innen besser qualifiziert

werden, so dass sie auf Augenhöhe beraten und auf inklusive Berufswege außerhalb von Sondereinrichtungen verweisen. Außerdem wollen wir die Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Menschen erhöhen und die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber*innen, die trotz Verpflichtung keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, deutlich anheben.

Welche Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit (zum Beispiel im digitalen oder gesundheitlichen Bereich) wollen Sie einführen?

Jens Beek: Barrierefreiheit ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Sie muss daher in vielen Bereichen zwingend gestärkt werden. Denn noch immer gibt es Ausnahmen von der vollständigen Barrierefreiheit im Personenbeförderungsgesetz. Diese müssen endlich abgeschafft werden. Außerdem muss die digitale Teilhabe als Teilhabeleistung im SGB IX verankert werden. Es reicht nicht aus, nur bestimmte digitale Gesundheitsanwendungen zu ermöglichen. An dieser Stelle muss viel weitergedacht und auch Hardware einbezogen werden. Auch bei der Umsetzung des European Accessibility Acts ist die Bundesregierung in meinen Augen viel zu zaghaft. Denn in meinen Augen braucht es hier einklagbares Recht. Andernfalls verkommt die Richtlinie zu einem zahnlosen Tiger.

Angelika Glöckner: Mit dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und dem Teilhabestärkungsgesetz haben wir die Barrierefreiheit gezielt verbessert. Das gilt besonders für den digitalen Bereich, der bisher noch unterbeleuchtet wurde. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung ist. Menschen mit Behinderungen müssen an der Digitalisierung genauso teilnehmen können wie jeder andere auch. Mehr noch: die Digitalisierung kann dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen einen besseren Zugang erhalten und Barrieren weiter abgebaut werden können. Darauf arbeiten wir hin.

Wilfried Oellers: Wichtig für eine digitale Infrastruktur sind einheitliche Regelungen. Hier setze ich große Hoffnungen in den European Accessibility Act. Mit dieser Richtlinie werden private Unter-

nehmen erstmals zur Barrierefreiheit von Alltagsprodukten und -dienstleistungen im gesamten europäischen Binnenmarkt verpflichtet. Noch immer sind viel zu wenig Arzt- und Zahnarztpraxen barrierefrei zugänglich. Hier brauchen wir gezielte Anreize zum Beispiel über die Bedarfsplanung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) und Zulassungsbestimmungen in örtlichen Flächennutzungsplänen.

Sören Pellmann: DIE LINKE will Barrieren in allen Lebensbereichen abschaffen. Zum Beispiel tritt sie für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Gleichzeitig muss ein Rechtsanspruch auf barrierefreie Information, Kommunikation, Beratung und Versorgung festgeschrieben werden. Die Bedarfsplanung muss gerade im Bereich

der psychotherapeutischen Versorgung dringend überarbeitet werden. Auch die Finanzierung der Therapie muss den Bedarf decken.

Corinna Rüffer: Wir brauchen mehr und verpflichtende Vorgaben zur Herstellung von Barrierefreiheit, insbesondere für die Privatwirtschaft. Bisher sind

vor allem staatliche Stellen zur Barrierefreiheit verpflichtet – nicht aber private Unternehmen, Anbieter oder kommerzielle Webseiten. Das wollen wir ändern. In den noch nicht barrierefreien Gebäuden, die dem Bund gehören, wollen wir schnellstmöglich Barrieren abbauen. Auch im Bereich Mobilität ist noch einiges zu tun: Bahnhöfe, Haltestellen und

Fahrzeuge müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein. Informationen vor und während der Reise müssen für alle verständlich und Taktverknüpfungen für alle nutzbar sein. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Reisende, die bei Bahnreisen Unterstützung brauchen, diese jederzeit flexibel bekommen, ohne tagelang im Voraus planen zu müssen.

Welche Schwerpunkte möchten Sie setzen?

Jens Beeck: Ein für mich wichtiger Punkt ist die barrierefreie Mobilität. Denn Mobilität ist in meinen Augen der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Hier muss dringend mehr passieren, sowohl beim ÖPNV als auch im Fernverkehr. Ich kämpfe außerdem schon lange dafür, dass Assistenzhunde endlich eine Teilhabeleistung werden. Die Bundesregierung greift das Thema zwar im Teilhabestärkungsgesetz auf, aber ist vollkommen mutlos an dieser Stelle.

Angelika Glöckner: Als SPD-Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zur Normalität wird. Das bedeutet, dass Barrierefreiheit und Inklusion in jedem Bereich mitgedacht werden, sei es beim Gang ins Rathaus, dem Besuch des Kinos oder der Nutzung des Smartphones. Das durchzusetzen durchdringt alle Berei-

che der Gesellschaft und damit auch der Gesetzgebung.

Wilfried Oellers: Auch in der nächsten Wahlperiode sehe ich einen Schwerpunkt ganz klar in der Stärkung des inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarkts. Hierzu müssen wir vorhandene Instrumente wie das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung in der praktischen Umsetzung stärken und schlichtweg bekannter machen.

Als Unionsfraktion sind für uns Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation fester Bestandteil einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik.

Weitere Schwerpunkte werden die Barrierefreiheit und die Evaluation und Weiter-

entwicklung des Behindertengleichstellungsgesetzes sein.

Sören Pellmann: Wir wollen die Privatwirtschaft zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit verpflichten und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessern. Dafür fordert DIE LINKE, dass alle Teilhabeleistungen bedarfsdeckend und vollständig einkommens- und vermögensunabhängig ausgestaltet sowie nach bundesweit einheitlichen Kriterien gewährt werden müssen. Für Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und Pflegebedarf, die Assistenz benötigen und diese nicht über das Arbeitgebermodell organisieren, muss bei notwendigen Aufenthalten in Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen sowie in Hospizen die Mitnahme von Assistenz-/Pflegekräften gewährleistet werden.

Corinna Rüffer: Neben der umfassenden Barrierefreiheit fordern wir stärkere Selbstbestimmungsrechte und den besseren Zugang zu Teilhabeleistungen. Menschen mit Behinderungen müssen viel zu häufig um jedes bisschen Unterstützung kämpfen: Oft werden Teilhabeleistungen verweigert oder erst nach langen, aufwendigen Verfahren bewilligt. Wir wollen einen Sozialstaat, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet.

Darüber hinaus fordern wir, dass Menschen mit Behinderungen dort Unterstützung bekommen, wo sie leben, lernen und arbeiten. Wir wollen Unterstützungssysteme so umgestalten, dass Sondersysteme wie Werkstätten oder Förderschulen überflüssig werden.

“
**Inklusion als
Normalität**
”

Angelika Glöckner,
behindertenpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion und
Bundestagskandidatin

Foto: © Deutscher Bundestag /
Stella von Saldern

